

FÜR EINE BERLINER POLIZEISTUDIE!

1 In den letzten Monaten und Jahren mehren sich die Berichte über rechtsextreme und
2 rassistische Chatgruppen sowie rechte Netzwerke bei der Polizei: Im Zusammenhang mit dem
3 sog. Nordkreuz-Komplex besteht u.a. der Verdacht, dass ein Polizist Munitionsbestände der
4 Polizei entwendet hat. Ein sog. NSU 2.0 bedroht Menschen und es gibt Hinweise darauf, dass
5 die dafür genutzten Daten aus polizeilichen Datenverarbeitungssystemen – auch der Berliner Polizei -
6 stammen. Die bislang bekannt gewordenen Vorfälle sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt.
7 Fortlaufend werden neue Verdachtsfälle bekannt. Seit 2016 gab und gibt es in Neukölln über 70
8 rechtsextreme Anschläge gegen Helfer*innen, die sich für Geflüchtete und gegen rechts engagieren.
9 Betroffene kritisierten die mutmaßlichen Verbindungen von einigen Polizeibeamt*innen zu
10 Täter*innen, so steht der Vorwurf der Weitergabe von Polizeiinterna an das tatverdächtige Milieu im
11 Raum. Wer noch immer von Einzelfällen spricht, will die Hinweise auf ein strukturelles Problem nicht
12 erkennen.

13 Dabei ist klar: Jede auf Rassismus oder Diskriminierung zurückzuführende polizeiliche
14 Maßnahme und jede*r Mitarbeitende mit rassistischer, rechtsextremer oder antisemitischer
15 Einstellung in den Sicherheitsbehörden stellt eine Bedrohung für Rechtsstaat und Demokratie
16 dar und führt zu einem enormen Vertrauensverlust. Dabei ist das Vertrauen der Bürger*innen
17 in die Polizei die Grundvoraussetzung für deren erfolgreiche Arbeit.

18 Die bekannt gewordenen Sachverhalte lassen jedoch keinen belastbaren Rückschluss zu, wie
19 weit rassistische, antisemitische und rechtsextreme Überzeugungen in den Sicherheitsbehörden
20 tatsächlich verbreitet sind. In einer solchen Situation helfen weder das Zurückweisen
21 jeglicher Kritik an den Sicherheitsbehörden noch undifferenzierte Anschuldigungen. Vielmehr
22 ist zunächst eine solide Datengrundlage durch eine wissenschaftlich unabhängige Analyse zu
23 ermitteln. Erst auf einer solchen Grundlage können evidenzbasierte Einschätzungen und
24 Lösungsstrategien entwickelt werden. Damit werden auch all die Mitarbeitenden der
25 Sicherheitsbehörden gestärkt, die fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen
26 Grundordnung stehen und sich täglich bemühen, jede Form von Diskriminierung zu verhindern
27 und zu beseitigen und damit helfen, eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu
28 fördern. Gleichzeitig wird damit die politische Debatte versachlicht.

29 Daher fordern wir:

- 30 • Eine von unabhängigen Forschenden konzipierte und durchgeführte eigenständige Studie
31 zu strukturellem Rassismus, rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen
32 Einstellungen und Racial-Profiling in den Berliner Sicherheitsbehörden.

- 33 • Die Untersuchung der Fehlerkultur in den Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit
34 rechsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen und die Analyse
35 existierender Schutzmechanismen gegen die Verbreitung dieser Einstellungen sowie die
36 Vorlage von Verbesserungsvorschlägen.
- 37 • Die Studie soll dabei folgende quantitative und qualitative Aspekte berücksichtigen:
- 38 ○ Befragungen von allen Dienstkräften der Berliner Polizei analog der sogenannten „Mitte-
39 Studie“ bzw. des „Berlin Monitors“, um ein Lagebild über Einstellungen innerhalb der
40 Polizei zu erlangen
- 41 ○ Durchführung einer diskriminierungskritischen Organisationsuntersuchung der Berliner
42 Polizeibehörde und darauf aufbauend die Entwicklung von Empfehlungen für eine
43 Diversity-Gesamtstrategie bei der Polizei – insbesondere unter Berücksichtigung von:
44 Untersuchung der polizeilichen Aus-, Fort- und Weiterbildung und Entwicklung von
45 Empfehlungen für Curricula, Lehrinhalte und -materialien, um eine
46 diskriminierungskritische und diversitätsorientierte polizeilichen Grundhaltung und Praxis
47 zu vermitteln und Straftaten mit rassistischem, diskriminierendem und rechtsextremem
48 Hintergrund besser zu erkennen
- 49 ○ Untersuchung aller Richtlinien, Anweisungen sowie von Einsatzplänen, Einsatzstrategien
50 und sonstigen Praxen der Berliner Polizeibehörde auf mittel- und unmittelbare sowie
51 institutionelle Diskriminierung
- 52 ○ Erhebung einer repräsentativen Umfrage unter potentiell von Rassismus und Racial
53 Profiling betroffenen Personen zu ihrem Vertrauensverhältnis zur Polizei sowie darauf
54 aufbauend die Entwicklung von Empfehlungen für vertrauensbildende Maßnahmen
55 zwischen ihnen und der Polizei, wie etwa ein „Community Policing“-Konzept.
- 56 ○ Untersuchung von Racial Profiling an sogenannten „Kriminalitätsbelasteten Orten“ (KBOs),
57 die auch den Einsatz und Nutzen der verdachtsunabhängigen Kontrollen sowie die
58 Möglichkeiten eines Ticket-Systems prüft.
- 59 • Das ins-Benehmen-setzen mit den übrigen Ländern, um im Idealfall ein
60 länderübergreifendes Forschungsprojekt zu ermöglichen.
- 61 • Die zeitnahe Orientierung der Berliner Innenpolitik an den Erkenntnissen und
62 Lösungsvorschlägen der Studie.

- 63 • Die regelmäßige Wiederholung der Studie, um die Entwicklungen in den
64 Sicherheitsbehörden und die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen evaluieren zu
65 können.